

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. April 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 47

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Ernährungsfragen der Buchdrucker. — Sozialreform im neuen Deutschland. — Die Kriegsbeschädigtenbewegung. — Korrespondenzen: Bremen. — Dresden. — Hannover. — Tübingen. — Waldenburg. — Wittenberg. — Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Nachahmenswertes Beispiel. — Gehilfenprüfungen. — Die Bezugspreissteigerung der „Kölnischer Zeitung“. — Die Abnehmerverflechtung. — Die Buchhändler gegen Waldow. — Ertragsreiche Brotkrumenfällungen. — Wilhelm Klob. — Agrarische Auffassung der Arbeiterfrage und Preispolitik nach dem Kriege. — Die „Vollstufzucht“ im Jahre 1917. — Literarisches: „Polnische Volkswirtschaft“.

Ernährungsfragen der Buchdrucker

Das örtliche Vorgehen zur Erlangung von Ernährungszulagen nimmt den in Nr. 12 angezeigten Verlauf. Trotz mancherlei von den kommunalen Ernährungsbehörden gemachten Schwierigkeiten, einesseits durch allzu schematische Auffassung der gar nicht so engagierten Richtlinien der Berliner Zentralleitung, andererseits infolge ungünstiger Versorgung nicht weniger Kommunalverbände mit Lebensmitteln, ergibt sich ein recht unterschiedliches Bild. Manchmal steht man auch direkt vor Unbegreiflichkeiten. Immerhin ist Fortschritt gegen das vorige Jahr festzustellen, und es bereitet uns Genugtuung, von den Prinzipalen sagen zu können, daß sie gern die Eingaben der örtlichen Gehilfenschaft unterstützen. Hier und da ist es lohnend gewesen, den Entschluß gewählter Protokollkommissionen zugänglich zu machen und die Anerkennung als Schwerarbeiter zu erreichen. Zuletzt wurde das aus Neuruppin berichtet. Daß ein Protokoll der Buchdrucker als Grundriss in die Mindererschwerarbeitergruppe eingereihten Arbeiter zuzieht, sei bei dieser Gelegenheit nochmals betont; eine Protokollkarte müssen also unsere Kollegen als Mindestgewährung erhalten. Es kommt aber trotz der Dankenswerten Unterstützung der Prinzipale vor, daß die Gehilfeneingaben doch keinen Erfolg haben, von Einspruch ist das vor einiger Zeit berichtet worden, indes bleiben das Einzelfälle.

Die bei den Kommunalverbänden bestehenden Ausschüsse, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt, haben sich nun auch mehr eingeführt; und infolge dieses Umstandes muß ist der Erfolg der Buchdrucker etwas größer geworden. Die Gewerbeinspektoren, die für die Anerkennung als Schwerarbeiter in manchen Gegenden als höhere Instanz gelten — letzten Endes ist der Landrat oder der Regierungspräsident jedoch ausschlaggebend —, während sie in andern hierbei nicht in Betracht kommen, zeigen sich im allgemeinen nach wie vor für eine richtige Beurteilung der Buchdruckerfähigkeit schwer zugänglich. In Görlitz hat sich ein solcher Beamter aber hübsch korrigiert, denn erst war bei ihm die Arbeit der Maschinenleger die leichteste in unserm Gewerbe, später wurden sie durch ein Gutachten der Gewerbeinspektion als Schwerarbeiter anerkannt! Ein starkes Stück kam aus Wiesbaden zu unserer Kenntnis. Dort wurde auf eine Eingabe unserer Kollegen eine zufällige Äußerung dazu von der Gewerbeinspektion eingefordert, und darin hieß es dann, der Beruf der Buchdrucker sei ein leichter, Berufskrankheiten gebe es nicht bei ihnen, was als solche angesehen werde, sei auf die Unreinlichkeit der Leute zurückzuführen. Dagegen muß in aller Form protestiert werden. Die Arbeit der Buchdrucker ist keineswegs leicht, so mancher Zweig in der Rüstungsindustrie kann gewiß als leichter angesehen werden. Die Buchdrucker aber, mit Verlaß zu sagen, unter die Dreckschweine zu rangieren, ist unerhörte. Die Gehilfenschaft in unserm Gewerbe hat nachweisbar den Anstoß zu der bekannten Bundesratsverordnung aus dem Jahre 1897 gegeben. Anderswo wird man selten nur eine solche Sauberkeit in den Betrieben und bei den darin Beschäftigten finden; wenn das einem Gewerbeinspektor nicht einmal bekannt ist, dann weiß man wirklich nicht, was dazu zu sagen ist. Es empfiehlt sich also, gegen Ablehnungen infolge ungünstiger Gutachten von Gewerbeinspektoren den genannten weiteren Weg einschlagen.

Unsre Kollegen in Neuruppin haben jüngst, nicht aus solcher Ursache, auch weitergehen müssen. Sie erreichten nicht nur ihren Zweck, sondern der Regierungspräsident ernannte auf Vorschlag des Landrates den Veschwerdeführer zum Mitgliede des Ernährungsausschusses.

Sehr häufig wird in den Zuschriften an uns bemerkt, die Anführung der gesundheitlichen Verhältnisse der Buchdrucker habe viel zur Anerkennung des Begehrens beigetragen. In Nr. 120 v. S. sind darüber eingehendere Ausführungen gemacht worden, auf die wieder hingewiesen sein möge. Nachdem nun die Zahlen für 1917 ermittelt sind, ergänzen wir die Zusammenstellung. Es waren von den Mitgliedern des Verbandes erwerbsunfähig krank in den Jahren:

1912	1913	1914*	1915	1916	1917
2,75	2,80	—	2,57	3,2	3,75 Proz.

Von 1914 kann ein Ausweis nicht gegeben werden, da durch den Kriegsausbruch zweierlei Berechnung stattfinden müßte, was keiner Vergleich mit früher oder später zulassen würde. Es ergibt sich mithin, daß gegenüber den beiden letzten Friedensjahren der Krankenstand sich um rund 1 Proz. erhöht hat! Dabei arbeitet jetzt ein jeder sozusagen bis zum Umfallen. Die Krankenziffer ginge nicht unwesentlich über 4 Proz. hinaus, wenn dieser allgemein bekannte Umstand nicht wäre. Auf jeden Fall läßt sich auch mit dieser unglücklichen Entwicklung die Notwendigkeit von Ernährungszulagen für die Buchdrucker beweisen.

In Nr. 120 v. S. konnten wir feststellen, daß in 100 Orten Deutschlands die Buchdrucker als Mindererschwerarbeiter oder als Schwerarbeiter anerkannt waren. Seitdem, im Herbst 1917 die unterste Grenze als Mindererschwerarbeiter für uns gezogen worden ist und der Nachdruck nun auf die Einreihung unter die Schwerarbeiter gelegt wird, haben wir jetzt eine Durchsicht der Anerkennungen bis zu dieser Nummer vorgenommen, die öffentlichen Anerkennungen nur als Mindererschwerarbeiter ausgeschaltet, und können konstatieren, daß in 110 Orten aller Größen die Buchdrucker als Schwerarbeiter gelten. Das ist, wie schon einmal gesagt, ein unsehbarer Fortschritt; der Charakter als Mindererschwerarbeiter tritt jetzt mehr zurück. Viele ständige Veröffentlichungen in der „Rundschau“ haben nicht nur anspornend in Kollegenkreisen gewirkt, sondern auch befehlend für zögernde oder ablehnende Behörden. In andern Gewerkschaftsblättern wird auf die Unablässigkeit des Vorgehens der Buchdrucker als nachahmenswertes Beispiel hingewiesen. Mögen unsere Kollegen also nicht erlahmen; nicht jeder Kommunalverband wird ja so „hartleibig“ sein wie Samburg, wo es gar nicht vorwärts geht will trotz aller Anstrengungen. Man teile uns aber auch Hets mit, was gewährt wird; es kann so erst beurteilt werden, ob Schwer- oder Mindererschwerarbeiteranererkennung vorliegt.

Als Schwerarbeiter sind unsere Kollegen allgemein anerkannt in Delmenhorst, Dalfen, Königsberg i. Pr. (mit Ausnahme der Drucker), Ollensburg-Horn, Memel (zum Teil), Langenbriesau, Reichenbach i. Schl., Quedlinburg (nur zwei Druckereien), Kalw. Weiter gelten im Költzreiche Sachsen die Maschinenleger (mit Ausnahme der Monotypsetzer), Stereotypen- und Schriftgießer allgemein als Schwerarbeiter. Im übrigen die Maschinenleger in Wisnar, Altenburg, Schongau, Görlitz, Danzig, Wilhelmshaven, Rüstingen, Jever, Freiburg i. Br., Merseburg. Die Stereotypen sind ebensoweit in Allenstein, Danzig, Wilhelmshaven, Rüstingen, Jever, Merseburg. Die Anerkennung als Rüstungsbetriebe haben nach unserer Kenntnis erhalten die Druckerei in Buer i. W., die „Frankfurter Zeitung“, die Spamerische Buchdruckerei in Leipzig. Es sind unzweifelhaft mehr Firmen zu dieser Betriebsgattung geschlagen; man wolle uns darüber genauer unterrichten.

Ein Fortschritt ist also auch bei diesen beiden Gruppen zu erkennen. Hoffentlich bald können wir durch nähere Erläuterungen der einzelnen Unterscheidungen wie durch solche über die Spannweite der verschiedenen Zulagen die wichtige Angelegenheit einer ausreichenden Nahrungsversorgung der Buchdrucker weiter fördern.

Sozialreform im neuen Deutschland

I.

In der Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Presse sowie in mehreren Kriegsschreibern wird lebhaft für den Ausbau der Sozialpolitik nach dem Krieg eingetreten. Neben den sozialpolitischen Zeitschriften stellt sich die berufene Organisation der Krankenkassen: der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, auf denselben Standpunkt. Es gibt natürlich auch Kreise, die sich mit einer Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung durchaus nicht befreunden können. Deren Interessen nimmt die „Deutsche Arbeitsbeziehung“ wahr.

Um der breiten Öffentlichkeit zu zeigen, wie notwendig der weitere Ausbau der Sozialpolitik ist, war eine große Kundgebung von der Gesellschaft für Soziale Reform am 14. April in Berlin veranstaltet. Durch diese Gesellschaft sind seit dem vorigen Jahr auch fünf eindrucksvoll geschriebene Broschüren über „Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland“ herausgegeben worden. Diese Broschüren befassen sich im einzelnen mit folgenden Materien: 1. Koalitionsrecht und Strafrecht, 2. Das Koalitionsrecht und die strafrechtlichen Neben- und Polizeigesetze, 3. Das Koalitionsrecht und das Gewerbe- und Landarbeitersrecht, 4. Der Koalitionskampf nach geltendem Zivilrecht, 5. Der Koalitionskampf als Problem der Gesetzgebung. Ebenso lebhaft, wie in diesen Broschüren für Aufhebung aller das Koalitionsrecht einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen eingetreten, eine Erweiterung der Rechte des Gewerks und der Landarbeiter verlangt und anstatt Beschränkung eine wesentliche Erweiterung des Koalitionsrechts gefordert wird, so energisch trat man in der Berliner Kundgebung für eine Erweiterung der Sozialreform ein.

Die Kundgebung war nach der „Bilsharmonie“ einberufen: Die Beteiligung war aber — auch seitens der Berliner Gewerkschaftsmitglieder — so zahlreich, daß der große Kongressaal bald überfüllt war und im Oberlichtaal eine zweite Versammlung abgehalten werden mußte. Diese Versammlung wurde vom früheren Staatssekretär Dornburg geleitet, während die Hauptversammlung Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch leitete. Der Veranstaltung wohnten auch zahlreiche Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden bei, so Vizekanzler v. Pauer, Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Freiherr v. Stein, Unterstaatssekretär Calper, Chef des Kriegsamts General Scheuch, Staatssekretär des Reichsjustizamts v. Krause usw. Daraus, daß diesmal fast jedes Ressort der Reichs- und Staatsbehörden vertreten war, während sich an der letzten großen Versammlung kurz vor dem Kriege nur ein Vertreter der Behörden beteiligte, glaubte Freiherr v. Berlepsch in seiner Begrüßungsansprache den Schluss ziehen zu dürfen, daß die Regierungen nunmehr der Sozialpolitik besonderes Wohlwollen entgegenbrächten. Da mit Friedensschluß die wirtschaftliche Not breiter Volksschichten noch nicht behoben sein werde, so gelte es, gerüstet zu sein und den Boden zu kräftigen, auf dem die sozialen Reformen gedeihen könnten.

Den Hauptvortrag hielt Professor Dr. Francke, Redner wies einleitend mit Recht darauf hin, daß nach den Erfahrungen des Krieges und den Opfern, die die Arbeiter und Angehörigen wie deren Angehörige im Kriege gebracht haben, von einem Stillstand der Sozialpolitik nicht mehr die Rede sein dürfe. Hingewiesen wurde dann auf die während des Krieges erlassenen sozialpolitischen Verordnungen, z. B. Verbot der Nacharbeit der Bäcker, Lohnschuß der Heimarbeiter, Wächnerinnenhilfe, Gewährung der Altersrente vom 65. Jahre ab, Zulagen für Invaliden, Witwen- und Unfallrentner (letztere natürlich nur, wenn die Rente 66 $\frac{2}{3}$ Proz. oder mehr betrage) usw. Geht es nicht, so wird das sich weitgehend Anerkennung erlangende Tarifvertragswesen und die Bildung der Arbeitsgemeinschaften. Erstreckungswelle trat der Referent auch dafür ein, daß die Arbeiterkräftigung der Arbeiterbeschäftigten für Frauen und Jugendlichen während des Krieges nicht einen Tag länger bestehen bleiben dürfe, wie unbedingt erforderlich sei. (Im Anschluß hieran wird unterdessen die weitere Forderung erhoben, diejenigen Berufsvereinigungen, die während des Krieges in der Unfallversicherung Überwachung und Kontrolle der Betriebs-Einrichtungen haben einstreifen lassen, mögen das Versäumnis durch vermehrte Aufsichtstätigkeit bald nachholen. Würden schon vor dem Kriege bei weitem nicht alle Betriebe bezüglich Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften einer Revision unterzogen,

to hopen es hier durch Einberufung von technischen Auf-
sichtsbeamten und Verwendung dieser Beamten zu andern
Arbeiten während des Krieges erst recht.) Um die Volkswir-
tschaft zu heben, verlange Professor Franke dann auch be-
sonderen Schutz für das heranwachsende Geschlecht, Wöchner-
innenhilfe, Familienversicherung in den Krankenkassen,
Erhöhung der Unfallrente und Stärkung des Einflusses
der Arbeiter in der Unfallversicherung. Verlangt wurde
weiter eine von sozialen Gesichtspunkten getragene Woh-
nungsreform, die Schaffung eines gut ausgestatteten Ar-
beitsnachweiswesens, die gesetzliche Arbeitslosenver-
sicherung, ein Reichsarbeitsamt, Arbeitskammergesetz und eine
gründliche Reform des Koalitionsrechts, Anerkennung der
Berufsvereine usw. Die Eingabelegung des Arbeiter-
und Angestelltenhandes in den staatlichen Neubau, wie er nach
Anschluß des Redners aus dem Weltkrieg hervorgehen
soll, sei nur auf dem Wege der vollen tatsächlichen An-
erkennung seiner wirtschaftlichen, sozialen und politischen
Gleichberechtigung wie durch die Heranziehung seiner
Organisationen zur Mitwirkung auf allen Gebieten des
Wirtschafts- und Kulturlebens zu erreichen. Die Gleich-
berechtigung der Arbeiter und Angestellten müsse aber auch
in der preussischen Wahlreform zur Tatsache werden. Mit
dem Hinweis, daß unsere Ziele nicht ohne Kämpfe zu er-
reichen sein würden, schloß der Vortragende unter dem
lebhaften Beifall mit dem Ruf: „Dem neuen Deutsch-
land leuchtet die soziale Reform!“

Alsdann nahm der frühere Staatsminister Graf
v. Posadowski-Wehner das Wort und bezeichnete
u. a. als eine der dringendsten sozialen Aufgaben nach
dem Krieg eine großartige Wohnungsreform. Der Ver-
bandsvorsitzende der Christl.-Dückerischen Gewerkschaft
Harkmann forderte den Ausbau des Schlichtungswesens
und Einigungswezens, ein Reichsarbeitsamt und Arbeits-
kammergesetz, Dr. Grünand, Vorsitzender der Privat-
beamtenvereine, trat für eine Sozialpolitik ein, woran alle
an ihr interessierten Kreise teilnehmen könnten. Legten,
Vorsitzender der Generalkommission der freien Gewerks-
schaften, trat für ein von jeder Fessel befreites Koalitions-
recht ein, ferner für ausreichenden Arbeiterschutz usw. Die
Widerlächer des Arbeiterschutzes und die Gegner der
Sozialpolitik zu überwinden, müsse Aufgabe aller sozial-
politisch fortgeschrittenen, für Gleichberechtigung eintretenden
Kreise sein. Hervorhebung verdienen unter dem vielen Guten,
was man zu hören bekam, die Ausführungen des Professors
Dr. Wilbrandt (Ebingen), der eine Radikalisierung
der Kriegsteilnehmer als wahrscheinlich anahm und zur
Dankbarkeit und Pflichtenpflicht des Staates gegenüber
der Arbeiter- und Angestelltenchaft mahnte. Ihre Treue
müsse er entgegen, indem auch er ein treuer Vater seiner
ärmsten Söhne sei. Vor allem gelte es, solche Treue
gegenüber den Gewerkschaften und Genossenschaften zu be-
künden, die der Staat nie wieder als Parasit oder Rebellen
behandeln dürfe. Frey möge der Staat aber auch darin
sein, daß er die Massen an seinen Geschicken mitwirken
lasse, vor allem durch das gleiche Wahlrecht in Preußen.
Nachdem weitere Redner die Ausführungen der Referenten
unterstützten und entsprechende sozialpolitische Wünsche ge-
äußert sowie insbesondere der Fürsorge der Kriegsbefähig-
ten gedacht, fand die eindrucksvolle und größte Kund-
gebung dieser Art ihren Schluß.

Was hier die Referenten und Diskussionsredner zum
Ausdruck brachten, klang wesentlich anders, als was ein
Vertreter der Berufsgenossenschaften, Verwaltungsdirektor
Lohmar, in seiner 1916 herausgegebenen Broschüre
„Schaffenstufen der Reichsunfallversicherung“
über diesen Versicherungszweig im besonderen, und was die
„Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ab und zu über die
Sozialpolitik im allgemeinen gebracht haben. Vergessen
darf man dabei auch nicht die 1912 von Professor Bern-
hard herausgegebene Broschüre „Unerwünschte Folgen
der Sozialpolitik“. Daß aber die Gesellschaft für
Soziale Reform mit ihren Forderungen nicht allein da-
steht, dafür legen Zeugnis ab die beachtenswerten Auf-
sätze von Professor Lönies über: „Die Sozialpolitik
nach dem Kriege“, sowie vom Reichstagsabgeordneten
Robert Schmidt über: „Neue Wege in der Sozial-
politik“ in dem bekannten Buche „Die Arbeiter-
schaft im neuen Deutschland“ von Thimme und
Legien, ferner der instruktive Aufsatz über: „Die Ar-
beiterversicherung“ vom Arbeitersekretär R. Wißell
in dem Janjanschen gewerkschaftlichen Kriegsbuch und ein
Aufsatz von dem gleichen Verfasser im „Vorwärts“ vom
15. Februar 1918 über: „Sozialpolitischer Still-
stand“. Endlich sei noch erwähnt, daß auch die sozial-
demokratische Reichstagsaktion zum Etat des Reichs-
wirtschaftsamts mehrere sozialpolitische Anträge eingebracht
hat. Hat nun der Bundesrat während des Krieges mehr-
fach mit Verordnungen befehle eingegriffen, so erwarten
wir, daß der Reichstag den eingehenden Anträgen das
nötige Verhältnis entgegenbringt, und daß Regierung
sowie die gleichgebenden Körperlichkeiten sich dem Ausbau
der Sozialgesetzgebung mehr förderlich zeigen werden. Aber
die erwähnten und noch zu stellenden Forderungen soll
das Weitere im nächsten Artikel gesagt werden.

M. Gildenberg.

Die Kriegsbefähigtenbewegung

In Nr. 29 sind die Organisationsbestrebungen der
Kriegsbefähigten schon einmal besprochen worden. Da
seit der Oflertagung des Bundes der Kriegsbefähigten
und Kriegsteilnehmer der Streit um die Seele der Kriegs-
teilnehmer stärker entzündet ist, in Gewerkschaftskreisen die
Meinungen sich auch noch ungeklärt zeigen — in der
„Christlichen Presse“ sind in letzter Zeit gleich mehrere Ar-
tikel zu und zu erschienen —, soll hier ohne jede Erörterung

nachmals zu dem Thema das Wort ergriffen werden.
Dann möge diese nunmehr Reichsbund der Kriegs-
befähigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer
firmierende Organisation sehen, wie sie die Interessen ihrer
Anhängerschaft wahrhaft kann, ohne in die Kompetenzen
der Gewerkschaften zu geraten, und wie sie der Angriffe
sich am besten erwehrt, die zumeist aus der Richtung
kommen, die auch den freien Gewerkschaften sich als geneh-
lich gefühlt zeigt. Die Konferenz der Generalkommission
und der Verbandsvorsitzenden (siehe Nr. 43 unter „Rund-
schau“) hat dem jetzigen Reichsbunde wohlwollende Neu-
traalität zugesichert und ließ sich in Weimar durch Sassen-
bach vertreten, nur muß man selber zu retten verstehen,
nachdem der Steigbügel dazu doch ohne Mißhilfe gefunden
worden ist. Ein eigenes Organ in 30000 Auflage, die stark
interessierte „Internationale Korrespondenz“ und Beachtung
gewisser Schlüsse aus der prinzipiellen Debatte werden den
weiteren Weg etwas leichter zurücklegen lassen.

Die Oflertagung in Weimar mit 166 Delegierten
aus dem ganzen Reich, außerdem 16 Vertretern der be-
sonderen Organisationen in Hamburg, Aiel und Süddeutsch-
land, ist zweifellos als ein guter Erfolg für die junge Be-
wegung zu betrachten, die in 200 Ortsgruppen schon 25000
Mitglieder zur Zeit des Bundestags zählte. Die weimar-
sche Regierung wie der Landtag ließen sich vertreten.
Sassenbachs Begrüßung war sehr warm gehalten. Sechsmann
(Berlin) nannte bei dem Vortandsbericht die
Wiedereingliederung der enormen Zahl von Kriegsbefähig-
ten eine nationale Notwendigkeit. Die Hilfe der Gesetz-
gebung sei namentlich in betreff der Rentengewährung,
des Einstellungszwanges für Schwerbeschädigte und des
Schutzes vor Überanforderung in Anspruch zu nehmen. Der
Bund müsse parteipolitisch und in religiöser Beziehung
vollständig neutral sein. Die Vorträge der Vaterlands-
partei, daß man mit dem Kampfe gegen sie — die Vor-
gänge sind auch unsern Lesern geläufig — die Neu-
traalität verfehlt habe, wies er zurück. Richter (Hamburg) be-
sprach die Entwicklung und den Standpunkt der Ham-
burger Organisation. Rohmann (Alem) erörterte das
sozialpolitische Programm des Bundes und forderte gründ-
liche Reform des Mannschafsvorworgungs- wie des Militär-
hinterbliebenenwesens, mögliche Erhebung des erwachsenen
wirtschaftlichen Schabens, Ausgestaltung der medizinischen
Fürsorge der Sozialversicherung, wirtschaftliche Fürsorge
und Vertretung der Kriegsbefähigten in den zivilen Für-
sorgeorganisationen. Krüger (Magdeburg) erkannte die
Fähigkeit des Reichsausschusses für Kriegsbefähigtenfür-
sorge an, er solle aber die Kriegsbefähigten zur aktiven
Mitarbeit heranziehen. Osteroth (Hamm) sprach über die
Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Verbänden der
Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die sozialpolitischen
Anliegenheiten beriefen noch zwei Ausschüsse durch, dann
wurden sie zum Beschluß erhoben. Aber die staatsbürger-
lichen Forderungen referierte Reichstagsabgeordneter David-
sohn. Wenn auch die Neutralität in parteipolitischen und
religiösen Fragen durchaus zu wahren sei, so könne doch
nicht an den Fragen der Sozial- und der allgemeinen
Politik achtlos vorbeigegangen werden. Die völlige Gleich-
stellung der Kriegsteilnehmer in allen staatsbürgerlichen
Rechten bezeichnete Redner als das Ziel erfolgreicher
Bundespolitik. In der lebhaften Debatte wurde von den
Delegierten des Hamburg, des Aiele und mehrerer süd-
deutscher Kriegsbefähigtenverbände der Standpunkt ver-
treten, daß der Bund sich ausschließlich auf die Wahrung
der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegs-
befähigten beschränken solle; auch die Frage der Auf-
nahme der Kriegsteilnehmer, die nicht Kriegsbefähigte
sind, wurde in verneinendem Sinn erörtert. Sechsmann
hatte beim Vortandsbericht ihre Aufnahme auch schon
vertreten (eine Notwendigkeit, über die man auch eine
andere Ansicht haben kann). Nach vielem Für und Wider
erklärten sich die Opponenten mit der Aufnahme aller
Kriegsteilnehmer einverstanden, wenn die besonderen staats-
bürgerlichen Forderungen im Bundesprogramm fallen ge-
lassen würden. Man einigte sich schließlich mit Zwei-
drittelmehrheit dahin, daß dieser Gegenstand zur endgül-
tigen Formulierung an den Vorstand und an den nächsten
Bundesstag zurückverwiesen werde, worauf die Vertreter
sämtlicher Verbände ihren Willen zur Einheitsorganisation
kundgaben. Bundesvorsitzender Sechsmann schloß alsdann
die Tagung mit anerkennenden Worten über den erfolg-
reichen Verlauf und den Abschluß des Einigungswerkes.
In den Vorstand wurden gewählt Sechsmann, Saumeister,
Wurfschik, Ehring, Bader, Seilmann, Richter, Davidsohn.
Der Reichsbund hat drei Vorliegende mit gleichen Rechten.
Den zweiten Vorliegenden sowie einen weiteren Beisitzer
stelt der Hamburger Bund. Die Posten des dritten Vor-
liegenden und des Verbandsredakteurs sollen erst befehl
werden, wenn das Verbot des Oberbefehlshabers in den
Marken gegen den früheren Bundesvorsitzenden und Re-
dakteur Erich Kautner aufgehoben ist. Der Vorstand bleibt
in Berlin, der Sitz des Ausschusses kam nach Hamburg.

Wie mit den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“
jahrzehntelang hauffieren gegangen wurde, um die Arbeiter
nach Möglichkeit von der organisierten Wahrnehmung ihrer
wirtschaftlichen Interessen abhalten, so hat das eifrige
Gerode von dem „sozialdemokratischen Kriegsbefähigten-
bund“ auch nur den Zweck, hemmend zu wirken. Es
entpönt sich hier ein neuer Neutralitätskrieg, von dem
schon wunderfame Beispiele vorliegen, und der nach
allen bisherigen Wahrnehmungen ein großer Prozeß der
Wiederkäuferei werden wird. Da bekanntlich die Wieder-
holung von Entwicklungsperioden niemals den Wünschen
der unbedeutenden Nachahmer entsprechend glücken wird,
so braucht der Reichsbund ja nicht für seine Zukunft zu
fürchten, mit der Tatsache vieler Gegner und von allerlei
Ableitungsverhören wird er jedoch zu rechnen haben, und
deshalb muß ihm praktische Neutralität Bedürfnis sein.

Der sächliche Innenminister Bischoff v. Esch-
städt hat schon gezeigt, wie man etwas findet, wenn man
sucht. Wie unter seiner Leitung stehende Stiftung „Heimat-
dank“ war auch nach Weimar eingeladen. Der unter den
Vorkriegsabbenden Staatslenkern Sachens reichspräsidentliche
Minister der inneren Politik lebte aus grundsätzlichen
Bedenken die Einladung ab, da der Bund der Respektierung
seines § 2 (Neutralität) keine Beachtung schenke und in
seiner Kritik an dem geltenden Verborgungsrechte die An-
erkennung alles dessen unterdrücke, was von den Organen
der Kriegsbefähigtenfürsorge in erfolgreicher Arbeit ge-
leistet worden sei und weiterhin angestrebt werde.

Mit einem Wirtschaftsverband Kriegsbefähig-
ter und Kriegsteilnehmer wollen die Vaterlands-
parteiorganisationen unter Führung des Admirals Sassen-
bach und des Generals Heim den Reichsbunde den Wind aus den
Segeln nehmen. Nach den in Berlin und in einer Reihe
anderer Städte zu verzeichnenden schweren Zusammenstößen
in Versammlungen und der dabei zum Ausdruck ge-
kommenen wahren Einnahme für die Kriegsbefähigten
von Seiten der Gewerkschaften wird sich dieser Wirtschafts-
verband wohl in einem Eisenbahnwagen zusammenfinden
können.

Der Bund deutscher Kriegsteilnehmer und
Kriegsbefähigten (München) ist auch eine neuere
Gründung. Er schwenkt stark mit dem roten Lappen,
zählt aber Alldeutsche, Großindustrielle, Nationalliberale,
Zentrumsleute, Fortschrittler, Unternehmenseksekretäre
und christliche Arbeitersekretäre zu seinen Protektoren, von
denen als Kriegsbefähigter oder Kriegsteilnehmer wohl
keiner in Betracht kommt. Man wird mit Spannung den
Taten dieses starken Gemisches von Rettungsgeldern für
die Seelen der Kriegsbefähigten entgegensehen.

Vom Eisener Verband wirtschaftlicher Ver-
einigungen Kriegsbefähigter wird immer mehr
bekannt, daß er ein Seitenstück zu den gelben Gewerks-
schaften ist. In einer Berliner Mitteilungsverammlung
wurde dem Vorsitzenden ein Spiegel vorgehalten, worin
zu sehen war, wie dieser Verband sich zu einem Sturm-
bock gegen die Sozialdemokratie und zum Preisfeind
für Unternehmerinteressen gebrauchen läßt. Die Forderung
einer Erhöhung der Renten in Hinsicht auf die Geldent-
wertung hat diese Richtung „genau so erbärmlich und ver-
dammungswürdig wie die Streikbewegung in Küstungs-
betrieben“ genannt. Die Kriegsbefähigten werden sich
gewiß solche Leute vom Leibe zu lassen wissen.

Die Haltung der christlichen Gewerkschaften
ist noch nicht klar. Wie Blättermeldungen, von denen
man bezüglich ihrer Autorität zu Erklärungen freilich
im Zweifel sein kann, besagten, wäre die Nichtbeteiligung
an der Oflertagung auf die Auffassung zurückzuführen,
man habe es hier mit einer sozialdemokratischen Bewegung
zu tun. Diese Annahme ist ja durch die Beschlüsse von
Weimar hinfällig. Obendrein verlangte Sassenbach als
Vertreter der Generalkommission dort eine Verständigung
mit allen Gewerkschaftsrichtungen, nicht nur mit einer.

Die organisatorische Zersplitterung der Kriegs-
befähigten ist also als gegebene Tatsache hinzunehmen.
Es wäre auch zu hoch gegriffen gewesen mit der Hoffnung,
daß alle sich in dem Reichsbunde zusammenfinden würden.
Dessen Bestehen verhindert vielmehr ein größeres Durch-
einander und gibt eine gewisse Basis für die allermeisten
der Anstößlichen. Die von Generalen und andern
Erzetzellen, Farrern, Unternehmern usw. getragenen
Nebenorganisationen werden sich doch nicht halten
können, denn der aufgeklärte Kriegsbefähigte will kein
Wohltun, sondern Rechte.

Unter dem Namen Ludendorff-Spende für Kriegs-
befähigte soll demnächst eine allgemeine große Sam-
mlung veranstaltet werden. In dem Aufrufe wird gesagt,
daß die Sammlung keineswegs das Reich in Erfüllung
seiner Pflichten gegenüber den Kriegsbefähigten entlasten
wird; die Rentenverforgung müsse vielmehr in vollem Um-
fange des Reiches bleiben. Die aufkommenden Mittel
sollen das Eingreifen der bürgerlichen Kriegs-
befähigtenfürsorge finanziell unterstützen, namentlich was
Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffung, er-
gänzende Selbstbehandlung, Anstellung, Wohnungs- und
Familienfürsorge sowie Geldunterstützung bei besonderer
Hilfsbedürftigkeit anbelangt. Der Ursprung dieser Spende
ist auf eine in Unternehmungskreisen vorgenommene Sam-
mlung zurückzuführen, die 30 Mill. Mk. ergab. Der Reichs-
ausschuss für Kriegsbefähigtenfürsorge wandte sich damals
(im Vorjahre), auch unter Zustimmung der Arbeitervertreter
und der Arbeiterpresse, gegen besondere Sammlungen, weil
die Kriegsbefähigtenfürsorge einheitlich geregelt und nicht
den Charakter der Wohlthätigkeit erhalten solle. Die
Industriellen übergaben hierauf den Fonds dem General
Ludendorff, der ihn wieder dem Reichsausschuss überwies.
Die Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften (siehe
Nr. 43) ist sich über ihre Beteiligung an der erwähnten
Sammlung noch nicht einig geworden, will vielmehr erst
die Ansicht der einzelnen Verbandsektionen hören.

Eine Verbesserung der bisherigen Grundzüge
für die Anerkennung von Kriegsdienstbeschädig-
ung ist durch einen Erlass des preussischen Kriegs-
ministeriums vom 30. Januar 1918 eingeleitet. Danach
ist jede Dienstbeschädigung, die auf die besonderen Ver-
hältnisse des Krieges zurückzuführen ist, als Kriegsdienst-
beschädigung anzusehen. Beim Garnison- und Aus-
bildungsdienst in der Heimat können solche Zustände aber
nur dann als vorliegend angesehen werden, wenn er-
wiesenermaßen lediglich durch den Krieg bedingt und
über das Friedensmaß hinausgehende außerordentliche
Anforderungen und Entbehrungen oder der Gesundheit ge-
fährliche Einsätze vorgelegen haben. Es ist also von jedem
Einberufenen ein genaues Augenmerk auf körperliche Er-
scheinungen zu richten und rechtzeitig davon Mitteilung zu

machen. Eine Nachprüfung der bisher gefällten Dienstbeschäftigungsentcheidungen findet von Amts wegen nach den neuen Grundgesetzen nicht statt. Anträge sind vielmehr, soweit sie auf dem Disziplinarverfahren beruhen, beim Kriegsministerium (Pensionsabteilung), wenn sie auf dem Mannschaffsversorgungswege beruhen, bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel, und wenn sie auf dem Militärhinterbliebenenwege beruhen, bei der zuständigen stellvertretenden Stabsintendantur anzubringen.

Der Einstellungszwang zugunsten der Kriegsschädigten ist kürzlich vom Reichsausschuss für Kriegsschädigtenfürsorge mit ganz knapper Mehrheit abgelehnt worden. Ein eigenartiger Umstand fügte es, daß fast alle Vertreter der Arbeiter und Angestellten verhindert waren, in jener Sitzung anwesend zu sein. Was berührt nicht angenehm, aber die Gründe kennen wir nicht. Wie die 12. Sitzung in Weimar, so hat auch die Vorläufkonferenz der freien Gewerkschaften sich daraufhin wieder für den Einstellungszwang ausgesprochen. Die Unternehmerverbände verlieren bekanntlich, die Kriegsschädigten sollen wieder in die alten Betriebe eingestellt werden, aber sie wollen das nur freiwillig tun.

Seuerungszuschläge zu den Kriegsschädigtenrenten hat der Reichsausschuss für Kriegsschädigtenfürsorge beim Kriegsministerium in Berlin angelegt. Auf alle Renten über 50 Proz. sollen prozentuale Zuschläge bewilligt, auf die niedrigeren Renten Zulagen aus dem Härtefonds des Kriegsministeriums gewährt werden, sofern sich nach dem Einzelfall eine Notwendigkeit dazu ergibt. Der Reichsbund war schon vorausgegangen mit einer solchen Antragsung, und im Hauptauschuss des Reichstags fand sich auch bei der Regierung Zustimmung dafür.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Bremen. (Bezirksversammlung vom 9. April.) Die Versammlung erbrachte zunächst einen gefallenen Kollegen. Nach Bekanntgabe des Resultats zur Wahl von Gantagsdelegierten und nach Aufnahme von fünf neuausgewählten Kollegen in den Verband wurde Stellung genommen zum außerordentlichen Gantage. Weiter fanden noch zwei zur Generalversammlung eingebrachte Anträge betreffend die Wiederherstellung der tariflichen Sonderbestimmungen für Drucker nach dem Kriege und eine zu erstrebende bessere berufliche Fortbildung der Belehrlinge die Zustimmung der Versammlung. Ferner wurde gewünscht, die Generalversammlung möge die „Vorstandsbeschlüsse“ einer Revision unterziehen, da die Unterfertigungsätze, besonders die Arbeitslosenunterstützung, dem heutigen Geldwerte nicht mehr entsprechen. — Am 2. April feierte der Seherkollege Johannsen in voller Rüstigkeit sein 50jähriges Berufsjubiläum. Kollege Jähne ist, mit einer kurzen Unterbrechung nach Beendigung seiner Lehrzeit, die ganzen Jahre hindurch im Betriebe der Firma Schünemann tätig gewesen. Ihm wurde seitens des Gau- und Bezirksvorstandes ein Diplom und ein Ehrengeleitschein überreicht. Möge es dem Subilar vergönnt sein, noch recht viele Jahre seiner ihm lieb gewordenen Tätigkeit nachgehen zu können!

Dresden. In der Gaumitgliederversammlung am 11. April gab Gauvorsitzer Wendisch in großen Umfassen ein Bild von den wichtigsten Beratungspunkten der Generalversammlung. Ein Antrag auf erhöhten Zuschuß der Hauptkasse zu den Verwaltungskosten der Gau sowie ein weiterer Antrag, die Krankenkassenbeiträge wieder in statutenmäßiger Höhe zur Auszahlung zu bringen, fanden nach eingehender Begründung einstimmige Annahme. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde Klage geführt über die gesundheitslich sich von Tag zu Tag mehr fühlbar machende Unterernährung. Die unerschwinglichen Preise, begünstigt durch den Schleichhandel, wurden an bitteren Beispielen illustriert. Es wurde betont, daß unsere Vertreter in den Ausschüssen ihre Pflicht erfüllen, man habe aber den Eindruck, als ob Sachen in der Ernährung recht stiefmütterlich behandelt werde.

-ch. Hannover. Mit unsrer am 14. April stattgehabten Generalversammlung war gleichzeitig eine Gedächtnisfeier für unsern so früh verstorbenen Verbandsvorsitzenden Emil Döblin verbunden. Dieser wurde eingeleitet mit dem von der Liedertafel „Typographia“ stimmungsvoll vorgelesenen Gedicht „Du fernes Land...“, worauf der stellvertretende Gauvorsitzer Emil Griffler einen warmempfundnen Nachruf hielt, in welchem er die großen Verdienste Döblins hervorhob, die sich derselbe um die Organisation und die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker erworben hat. Auch gedachte er rühmend der diplomatischen Fähigkeiten des Verstorbenen, durch die er auch in den schwierigsten Situationen des Verbandsschicksal an allen Klippen vorbeigesteuert habe. Die größte Ehreung könnten wir unserm Döblin wohl damit erweisen, wenn wir in seinem Sinne weiterarbeiten und das Aufgebau und Errungene zu befestigen und erhalten streben. Gleichfalls gedachte er des verstorbenen Gauvorsitzers Wilhelm Dreier (Hamburg). Hierauf stimmte die Liedertafel das passende Lied „Ein Sohn des Volkes“ an. Sodann verlas der Vorsitzende Max Müller die Namen der seit unsrer letzten Versammlung dem Kriege zum Opfer gefallenen zwölf Mitglieder, außerdem von drei in Hannover verstorbenen älteren Kollegen. Die Versammlung erbrachte das Andenken in der üblichen Weise. Mit dem markigen Chor „Lord Johnson“ schloß die erhebende Feier. — Die ziemlich reichhaltige Tagesordnung fand schnelle Erledigung. Mit der Abhaltung eines Gantags vor der statzungfindenden Generalversammlung konnte sich die Versammlung nicht einverstanden erklären. Die

übrigen unter „Beretinsmittellungen“ erwähnten Punkte waren mehr lokaler Natur. Der gedruckte vorliegende Jahres- und Kassenbericht gab zu Einwendungen keinen Anlaß; es wurde dem Kassierer sowie dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt und derselbe auch für das nächste Jahr wieder bekräftigt. Zur weiteren Aufrechterhaltung der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer wurde eine Erhöhung der Extrafürer um 20 Pf. pro Woche einstimmig beschlossen. Nach gegebener Aufklärung und Erörterung fanden einstimmige Annahme ein Antrag auf Kündigung des Tarifs sowie Anträge auf Erhöhung der Unterfertigungsätze in den einzelnen Zweigen. Eine Mehrbelastung der Verbandskasse soll durch Erhöhung des Beitrags ausgeglichen werden.

Lüdingen. Am 14. April fand unsre Bezirksversammlung statt. Der Vorsitzende gedachte zuerst in warmen Worten unsern leider zu früh verstorbenen Verbandsvorsitzenden Emil Döblin, des Gauvorsitzers Wilhelm Dreier sowie eines Bezirkskollegen. Der Kassenbericht wurde ohne Debatte genehmigt. Für die Generalversammlung wurden vom Ausschuss zwei Anträge vorgelegt: Überführung in eine höhere Serviceklasse des Tarifs sowie Erhöhung der Steuerungszulagen (falls nicht eine Tarifreduktion in Frage kommt), die einstimmige Annahme fanden. Weiter sei bemerkt, daß sämtliche Neuausgelernte dem Verbandszuge geführt werden konnten.

Waldenburg i. Schl. In der Aprilversammlung fanden die üblichen Neuaufnahmen der Ausgelernten, welche mit einer einzigen Ausnahme alle dem Verbandszuge beigetreten sind, statt. Sodann erstattete Kollege Köchel eingehenden Bericht über die Bezirksvorsitzerkonferenz in Breslau. Mit Genugtuung wurde es begrüßt, daß auch denjenigen Frauen die Hälfte des statutarischen Sterbegeldes vom Gau aus gestiftet bleibt, deren Ernährer zuerst sterben. Fast befallend wurden sämtliche auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse für gut befunden. Den Anwesenden wurde hierauf das Programm der am Pfingstsonntag stattfindenden 50jährigen Jubiläumfeier des Ortsvereins bekanntgegeben: Akademische Feier vormittags 10^{1/2} Uhr in der Aula der neuerbauten evangelischen Volksschule, gemeinsame Mittagstafel, Spaziergang durch den Kaiser-Wilhelm-Park nach der „Schillerhöhe“; abends 6 Uhr Familienfestlichkeit im großen Konzertsaal der „Gorkauer Bierhalle“. Am Pfingstmontag versammeln sich die Festteilnehmer beim Kirchenkonzert in Bad Salzbrunn, dann gemeinsame Wanderung nach der Burg Fürstentum, durch den Fürstentum Grund nach Freiburg, dabeist ein Abschiedsschoppen. Die Kollegen von nah und fern sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.

Wittenberg. Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer Quartalsversammlung am 13. April gedachte Vorsitzender Koch eines gefallenen lieben Kollegen. Nach Verlesung des Protokolls fand die Neuaufnahme von fünf Sehern und einem Drucker, sämtliche haben ihre Prüfung abgelegt und mit Erfolg bestanden. Ein Mitglied wurde wegen Resten ausgeschlossen. Es folgte sodann der Bericht des Kassierers. Unter „Verschiedenem“ kamen noch einige Bibliothek- und Kartellangelegenheiten zur Ausprache.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde lebenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Paul Conrad, Gustav Reichelt und Willi Schellenberg (Berlin), Otto Driffler (Braunschweig), Hans Bräner (Duisburg), S. Burmeister (Hamburg), Blankenstein und Freile (Hildesheim), G. Jagemann (Scheide), Walter Schmidt, Louis Unger und Arthur Braune (Leipzig), Wilhelm Pfänder (Widenscheid), Richard Zeruel, Konrad Fischer, C. Kircher und Dietrich Krast (Plauen i. V.). 5495 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. Von Reichendach i. V. ist in Nr. 45 trefflich berichtet, daß die Buchdrucker als Schwerstarbeiter anerkannt wurden, es bezieht sich dies jedoch nur auf die Maschinenleher.

Nachahmenswertes Beispiel. Die Firma Gebr. Gerstenberg in Hildesheim machte auch diese Ostern ihrem Personal eine besondere Zuwendung, indem jeder den doppelten Wochenlohn ausgezahlt erhielt.

Gehilfenprüfungen. In der diesjährigen Prüfung im Handwerkskammerbezirk Hannover beteiligten sich 28 Seher- und 12 Druckerlehrlinge (Hannover 31, Sameln 4, Hoya 1, Nienburg 2, Münder 1, Rinteln 1), von denen ein Seherlehrling wegen „Unzulänglich“ im Gehilfenstück nicht bestand. Die Prüfungsergebnisse bei den Sehern waren: Beim Gehilfenstück (eine Seite Haushaltsplan und eine Gehaltskarte) 1 „Recht gut“, 10 „Gut“, 16 „Genügend“; bei der Arbeitsprobe (eine Stunde glatter Satz) 2 „Recht gut“, 19 „Gut“, 6 „Genügend“; bei der theoretischen Prüfung (Diktat, Rechnen, mündliche Prüfung im Versicherungswesen und sachtechnische Fragen) 6 „Recht gut“, 14 „Gut“, 7 „Genügend“. Den Druckern konnten folgende Noten erteilt werden: Im Gehilfenstück (zweijährige Rechnung mit nebengeschlossenen Querslinien, Zurechtweisung einer Werkform und einer Maßzahlkarte) 9 „Gut“, 3 „Genügend“; in der Arbeitsprobe (Zuschneidung von einer Rasterätzung) 8 „Gut“, 4 „Genügend“; in der theoretischen Prüfung (Diktat, Rechnen, mündliche Prüfung im Versicherungswesen und sachtechnische Fragen) 9 „Gut“, 3 „Genügend“. Das Resultat zeigt ungefähr dasselbe Verhältnis wie im Vorjahre. — Die in Hannover i. Schl.,

ausgelerten drei Lehrlinge (zwei Seher, ein Drucker) bestanden sämtlich die Gehilfenprüfung vor der Handwerkskammer Nienburg mit dem Prädikat „Gut“. — In Altona unterzogen sich 9 Seher und 4 Drucker der Gehilfenprüfung; hieron waren 10 aus Altona, 2 aus Neufeld und 1 aus Schmolln. Den Sehern konnte in acht Fällen die Gehilfenprüfung „Gut“ erteilt werden; ein nach nur dreijähriger Lehrzeit ausmündender Seher bestand die Prüfung mit „Genügend“. Von den vier Druckern erhielten drei die Seher „Gut“ und einer „Ziemlich gut“. Im großen und ganzen konnte man die Wahrnehmung machen, daß die angehenden Gutenberglerner sich trotz der Kriegslehrszeit ganz beachtenswerte Kenntnisse angeeignet hatten. — Bei der Gehilfenprüfung in Altona wurden elf Ausmündende eraminert. Ergebnis: Einer „Sehr gut“ (aus Altona), zwei „Gut“ (Cimshorn und Barmstedt), fünf „Genügend“ und drei „Unzulänglich“. Letztere sind aus Altona; zwei müssen sechs Monate und einer drei Monate nachlernen.

Die Bezugspreisverhöhung der „Kaffowiser Zeitung“. Auf unsre Notiz in Nr. 44, daß genanntes Blatt sein Abonnementgeld von 50 Pf. auf 1,50 Mk. erhöht, also um 200 Proz. gesteigert hat, erhalten wir eine Zuschrift von dem Verleger, der die Sache anders darstellt. Ausgabe A kostete vor dem Kriege 70 Pf. bei Abholung, 80 Pf. durch Austräger, Ausgabe B 50 und 60 Pf. Jetzt ist der Preis für die nur noch in einer Ausgabe erscheinende „Kaffowiser Zeitung“ 1,50 Mk. frei ins Haus. Dafür ist aber noch eine Sonntagsmorgenausgabe hinzugekommen, so daß das Blatt nunmehr siebenmal in der Woche erscheint. Eine Steigerung des Bezugspreises um 200 Proz. ist danach nicht zutreffend. Wir haben die Notiz auf Grund einer Mitteilung im „Zeitungsvorlag“ verfaßt, die lediglich von der Erhöhung auf 1,50 Mk. sprach und 50 Pf. als den früheren Preis angab.

Die Abonentenversicherung. Die Rünberger Lebensversicherungsbank ist für dieses Geschäft maßgebend. Bei ihr waren Ende 1917 nicht weniger als 1441698 versicherte Personen mit 138908800 Mk. versichertem Sterbegeld eingetragen. In der Unfallversicherung wurden nur 79 Abonentenversicherungen und in der Haftpflicht nur eine Abonentenversicherung geführt.

Die Buchhändler gegen Waldow. Wir haben uns einige Male mit den Aufschlägen der Sortimentbuchhändler wie der Verleger auf Bücher, die vor dem Kriege hergestellt worden sind, beschäftigt. Es geschah das nicht, um dem Buchhandel zu bestreiten, was in andern Gewerben gang und gäbe ist; allein bei alten Büchern und Schriften wird doch noch zu unterscheiden sein. Einen mäßigen Aufschlag halten auch wir hier berechtigt. In der Leipziger „Freien Presse“ finden wir nun eine Zuschrift, die ausnahmsweise im Wortlaute mitgeteilt werden soll, weil unsre Leser daran gewiß größeres Interesse nehmen. Es heißt: „also in dem Leipziger Blatte: „Der Staatslehrer des Kriegsernährungsamts hatte wegen vielfacher Klagen über einen allgemeinen Preisaufschlag der Sortimentsbuchhändler auf die von den Verlegern festgesetzten Bücherpreise in den Mitteilungen für Preisprüfungsstellen einen Artikel veröffentlicht, in dem gesagt war, daß Bücher, abgesehen von geringen Ausnahmen, als Gegenstände des täglichen Bedarfs anzusehen seien, und daß somit gemäß der Verordnung vom 26. Mai 1916 eine nachträgliche Erhöhung des festgesetzten Ladenpreises nicht stattfinden dürfe. Gegen diese Auffassung wendet sich der Börsenverein der Deutschen Buchhändler in Leipzig in einem an den Staatslehrer des Kriegsernährungsamts gerichteten Schreiben. Unter Hinweis auf die überaus schwierige Lage des Sortimentsbuchhandels und den diesem deshalb von den Verlegern abgebilligten Steuerungsauflage wird gesagt, daß die rigorose Anwendung der Verordnung auf die Buchware zu dem von ihr erstrebten Ziele nicht führen werde. Die strenge Durchführung der Auffassung des Kriegsernährungsamts werde vielmehr, wenn sie etwa auch vom Reichsgericht gefestigt werden sollte, zur völligen Beseitigung des Ladenpreises führen. Der Versuch, wirtschaftliche Folgen bestehender Verhältnisse durch geschriebene Verfügungen einzunageln, führe nur zur Entartung des Handels (11) und könne im gegenwärtigen Falle die Folge haben, daß durch völlige Aufhebung der Ladenpreise der Buchhandel der Machtsphäre der drohenden Verordnung entzogen werde.“

Ertüchtigungsreiche Brotkassenkassationen. Bei einem Prozesse vor dem Schwurgericht beim Landgericht I in Berlin stellte sich heraus, daß ein von dem unter Anklage stehenden Arbeiter im Streite gestörter Müller im alten Scheunenbierfeld den Brotkarendruck und -vertrieb so lukrativ betrieb, daß er oft in einer Woche einen Verdienst von 2000 bis 3000 Mk. hatte. Er bezog die Brotkarten teils von einem ungeheuren Angestellten einer Druckerei, die mit der Herstellung von Lebensmittelkarten beauftragt ist, teils erwarb er Kisten für etwa 10000 Mk. und ließ anderswo drucken. Näheres ergibt sich aus dem Verhandlungsberichte nicht. Das Mitgeteilte ist gewiß erstaunlich.

Wilhelm Klotz 7. Dieser bekannte badische Landtagsabgeordnete und Redakteur des „Volksfreund“ in Karlsruhe ist im Alter von noch nicht ganz 48 Jahren einem tödlichen Leiden erlegen. Klotz war gelernter Maler, arbeitete sich empor, schrieb auch viel in politischen Zeitschriften, war ein hervorragender Redner und sozialistischer Debattier. Mit dem 1914 gefallenen Ludwig Frank ist er der Führer der badischen Sozialdemokratie gewesen. Er war der ausgesprochenste Typ des Rekonstruktions und stand deshalb im Mittelpunkt des Streites um die Richtung in der Sozialdemokratie.

Agarische Auffassung der Arbeiterfrage und Preispolitik nach dem Kriege. Auf einer Sitzung des Dres-

